

Samtgemeinde als Bürge?

Prüfantrag: Verwaltung soll Kosten für vollständige Übernahme der Schulsozialarbeit ermitteln

mi. Hollenstedt Sind jetzt Schüler und Schulen die Leittragenden des jahrelangen Gefechts um die Finanzierung der Schulsozialarbeit? An der Glockenbergsschule in Hollenstedt ist die Stelle, die erst neu besetzt wurde, schon wieder vakant. Einen Nachfolger zu finden, dürfte auch nicht einfach werden. Die Stelle ist befristet bis Januar 2019. Beim derzeitigen Mangel an Sozialarbeitern gibt es sicher attraktivere Jobangebote für Sozialpädagogen.

Der Bericht von Kathrin Hubert, Schulsozialarbeiterin der Grundschule Moisburg, führte den Ausschussmitgliedern nochmals eindrücklich vor Augen, wie wichtig Schulsozialarbeit offenbar auch in vergleichsweise privilegierten Schulen im reichen „Hamburger Speckgürtel“ mittlerweile ist. Auch an der Grundschule in Moisburg gebe es unter den Schülern teilweise „massivste Gewalt“, erklärte die Fachkraft. Vor diesem Hintergrund wirkte die Neubesetzung der vakanten Stelle an der Grundschule in Hollenstedt noch dringlicher.

Im Ausschuss setzte sich dabei schnell die Ansicht durch, dass eine für ein halbes Jahr ausgeschriebene Stelle wohl kaum Bewerber anlocken werde.



An der Glockenbergsschule fehlt derzeit ein Schulsozialarbeiter Foto: archiv

Hintergrund: Die Kosten für die Schulsozialarbeit teilen sich derzeit Landkreis und Kommunen. Wer wirklich für die Finanzierung zuständig ist, darüber herrscht seit Jahren Uneinigkeit mit dem Land Niedersachsen. Mittlerweile hat man dort zumindest eine grundsätzliche Kostenverantwortung anerkannt. Geld ist aber noch nicht geflossen. Um die Verantwortlichkeit des Landes zu unterstreichen, haben Kommunen und Kreis die Finanzierung bisher immer nur für begrenzte Zeiträume zugesichert.

Die Folge: Maximal auf ein Jahr befristete Stellen in der Schulsozialarbeit. Daran hat auch der jüngste Kunstgriff des Landkreises, die Finanzierung zwar offiziell bis Anfang 2019 zu befristen, aber dennoch festzuschreiben so lange die Kosten zu tragen, bis das Land seiner Verantwortung nachkommt, nichts verbessert. Schulvereine, oftmals die Träger der Schulsozialarbeit, schreiben aus der Angst, auf den Kosten sitzenzubleiben, Stellen immer noch nur befristet aus. Aus der Not heraus will man das

in der Samtgemeinde Hollenstedt jetzt ändern. Hier ist man offenbar bereit, die Stellen auch bei einem eventuellen Ausstieg des Landkreises komplett zu bezahlen. Einen entsprechenden Antrag von Jürgen Böhme (CDU), die Mehrkosten einer solchen Vollfinanzierung zu prüfen, beschloss der Schulausschuss einstimmig. Die Politik hofft damit ein Signal an den Schulverein als Träger der Sozialarbeit zu senden, die Stellen künftig langfristiger oder sogar unbefristet auszu-schreiben.